

Petra Herre: Parenting als Aufgabe – Zur Situation der Familienbildung in der BRD

Erste umfassende Untersuchung zu den Angeboten der Bildungsarbeit für Familien

Zur Intention und zum Fokus

Eine Erhebung zur Situation der Familienbildung in der BRD im Blick auf die Angebote und ihre Wirksamkeit war ein lang gehegtes Desiderat. Dieses erhielt mit der Erklärung der Jugendministerkonferenz 2003 zur Bedeutung der Familienbildung die politische Unterstützung, die das Bundesfamilienministerium 2005 veranlasste, eine Untersuchung dazu in Auftrag zu geben, die am Lehrstuhl Psychologie I der Friedrich-Albert-Universität Erlangen-Nürnberg von Professor Dr. Friedrich Lösel durchgeführt wurde.¹

Diese Untersuchung hebt sich von vorangegangenen dadurch ab, dass sie bundesweit und angebotsorientiert angelegt ist. Bislang existierten Untersuchungen zur Familienbildung nur für die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg; die Daten waren für die Ebene der Institutionen und für den Einrichtungstypus Familienbildungsstätten erhoben worden (Schiersmann-Studie).

Familienbildung, verstanden als Bildungsarbeit zu familienrelevanten Themen, die Kompetenzen für das private Alltagsleben vermittelt, will präventiv wirken und dazu beitragen, potenziellen Problemen in den verschiedenen Lebens- und Familienphasen vorzubeugen. Der Präventionsbegriff, wie er im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§16 II 1) formuliert wurde, fokussiert die Unterstützung von Familien in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben. Dies folgt der Erkenntnis, dass das elterliche Erziehungsverhalten und das Familienklima wichtige Risiko- bzw. Schutzfaktoren für die kindliche Entwicklung darstellen.

Die Studie formuliert ihren Untersuchungsgegenstand folgendermaßen: „Unter diesen engeren Begriff der Familienbildung fällt eine Vielzahl von heterogenen Maßnahmen, die von Erziehungskursen, die die Erziehungskompetenzen der Eltern direkt fördern wollen, über offene Angebote wie Gesprächsgruppen oder Eltern-Kind-Gruppen, bei denen der Aufbau sozialer Kontakte zu anderen Eltern und zu Kindern im Vordergrund steht, bis zu Bildungsangeboten, die über eine Stärkung der Alltagskompetenzen zu einem entwicklungsförderlichen Familienklima beitragen sollen.“²

Gegenstand der Untersuchung waren Angebote und Maßnahmen, wobei danach gefragt wurde, was innerhalb einzelner Maßnahmen tatsächlich geschieht, welche Inhalte thematisiert werden, mit welchen Methoden gearbeitet wird, welche Zielgruppen durch die verschiedenen Angebote erreicht werden, wie wirksam die Ange-

bote sind. Als Anbieter wurden befragt: Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Familien-, Erziehungs- und Eheberatungsstellen sowie nicht-institutionelle Initiativen.

Das Forschungsprojekt hatte zwei Teile: (1) Bestandsaufnahme, Erfassung und Beschreibung des Angebots an Bildungsmaßnahmen, (2) „Meta-Evaluation“, Dokumentierung und Auswertung von Studien zur Wirksamkeit von Maßnahmen.

Methodisches Vorgehen und Abgrenzung

Um einen Überblick zu gewinnen, wurde eine schriftliche Befragung durchgeführt, die neben institutionellen Angaben die Einzelangebote erfasste. Durch die Vielfalt und Vielzahl der anbietenden Einrichtungen war eine vollständige Erfassung nicht realisierbar, so dass ein annäherndes Abbild der vorhandenen Angebote angestrebt wurde. Das ist nur für den institutionellen Bereich der Familienbildung und -beratung repräsentativ. Untersuchungsjahr war 2004.

Die Maßnahmen und Angebote wurden nach folgenden Kriterien abgegrenzt: Erfasst wurden Präventionsmaßnahmen mit pädagogisch-psychosozialer Ausrichtung, die Eltern bzw. die ganze Familie ansprechen. Die Maßnahmen zielten auf eine direkte oder indirekte Stärkung der Erziehungskompetenz in Familien. Sie mussten Kurs- oder Projektcharakter haben.

Es wurde eine Datenbank mit insgesamt 6.183 Einrichtungsadressen erstellt. Davon wurden an 2.083 Einrichtungen (repräsentative Stichprobe) Fragebögen verteilt (Familienbildungsstätten 174; selbsthilfeorientierte Vereine 239, Erwachsenenbildungseinrichtungen 69; Koordinationsstellen 109; Beratungseinrichtungen 1.460; Sonstige Organisationen 32). Im Blick auf die Angebotslandschaft enthält dieses Sample „Schieflagen“.

Bei der Befragung wurden eingesetzt: (1) ein Mantelfragebogen zum Gesamtangebot, zu dessen Finanzierung und zur regionalen Bedarfssituation, den die Leitungen der Einrichtungen beantworteten, und (2) ein Fragebogen zur detaillierten Erfassung von Angeboten.

Detailliert erfasst (2) wurden folgende Angebote: Erziehungskurse, Maßnahmen im Rahmen von Geburtsvor- und nachbereitung, Eltern-Kind-Gruppen, Eltern- Kind-Angebote zu sensumotorischen Inhalten, Elterngruppen zu erziehungsrelevanten Themen, Offene Treffs zu Erziehungsfragen, Kurse für Paare, familienpädagogische

Angebote mit Bezug zur Förderung von Erziehungskompetenz, Angebote zu Alltagskompetenzen.

Die Datenerfassung zu den Einzelmaßnahmen bezog sich auf diese Aspekte und Angaben: Art der Maßnahme, Zielpersonen und Finanzierung; Erfassung der Ziele und der Zielgruppe (Rekrutierungsstrategien und soziodemographische Merkmale der Teilnehmenden wie Geschlecht, Alter, sozialer Status etc.); Beschreibung der Maßnahme mit konzeptionellem Hintergrund (Programmvorlage, theoretische Ausrichtung), eingesetzte Methoden (z. B. Vortrag, Rollenspiele, Gruppenarbeit), Verwendung von Informationsmaterialien, Inhalte einzelner Sitzungen, Dauer, Format, Freiheit bei der Programmgestaltung, Ausbildung und Erfahrung der Kursleitenden; Qualitätssicherung und Prozessevaluation; Einschätzung der Wirksamkeit der Maßnahme.

Der Rücklauf der Fragebögen lag bei 42,2%, es antworteten 883 Einrichtungen, wobei 1.451 eigenständige Einzelmaßnahmen detailliert beschrieben wurden.

Die Ergebnisse und Erträge

Die Ergebnisse der Studie werden ausführlich auf 180 Seiten dargestellt und diskutiert.

Zu den Daten:

Von den befragten Einrichtungen wurden 27.796 familienbezogene Bildungsangebote benannt, was hochgerechnet einer Gesamtzahl von ca. 2.000.000 Angeboten entspricht. Dazu kommen 2.293 Fortbildungen.

Hauptanbieter sind die Familienbildungsstätten, danach folgen die Beratungsstellen, die nur wenige Angebote machen (ca. 6% der Gesamtstätigkeit), was aber angesichts der großen Zahl von Beratungsstellen doch beträchtlich zu Buche schlägt. Danach folgen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die Koordinationsstellen und die selbsthilfeorientierten Vereine.

Jeder Einrichtungstyp hat sein spezifisches Angebotsprofil. Erwachsenenbildungseinrichtungen nehmen vor allem in schwächer versorgten kleinstädtischen und ländlichen Regionen eine wichtige Funktion ein. Beratungsstellen erreichen eher Menschen in Belastungssituationen, Familienbildungsstätten besonders junge Familien.

Insgesamt sind die städtischen Bereiche besser versorgt als der ländliche Raum.

Die Vielfalt der Anbieter hat den positiven Effekt, dass viele Zugänge eröffnet werden. Zugleich verlangt sie nach Vernetzung und Kooperation. Eine systematische Sammlung von Angeboten, wie das „Bremer Elternnetz“ oder „runde Tische“ (besonders in Bayern) ermöglichen einen regionalen Überblick und eine bedarfsgerechte Vermittlung in Angebote. Auch mehr Abstimmung zwischen anbietenden Einrichtungen, eine gemeinsame Angebotsplanung und eine offensive Trägerkoordination erscheinen geboten sowie Entwicklung und Bereitstellung von mobilen Angeboten.

Zur Angebotsstruktur und deren Nutzung:

50% der Angebote entfallen auf Eltern-Kind-Gruppen (all-

gemeine Gruppen und sensumotorische Gruppen/PEKiP, Babymassage), die besonders von Familienbildungs- und Erwachsenenbildungseinrichtungen gemacht werden. Diese sichern die Grundversorgung und vermitteln basale Kenntnisse, um in die neue Rolle als Eltern hineinzuwachsen. In ihnen werden Wissen über die kindliche Entwicklung vermittelt und soziale Netzwerke aufgebaut.

Die Eltern-Kind-Angebote sollten „Türöffnerfunktion“ haben und den Boden für die In-Anspruchnahme und Nutzung späterer Angebote bereiten. Das gelingt allerdings eher schlecht. Und belastete Familien und Familien aus schwächeren Bildungsschichten müssten diese Angebote stärker wahrnehmen.

Ein weiteres Monitum der Untersuchung ist eine Evaluation der Eltern-Kind-Gruppen-Arbeit, die (fast) vollständig fehlt.

Alle anderen Angebotsformen sind in wesentlich geringerem Umfang vertreten.

In Angeboten für junge Familien wird seitens der befragten Einrichtungen auch ein besonderer und noch nicht gesättigter Bedarf gesehen³.

Inhalte und Ziele:

Bei der Frage nach den Ziel der Maßnahme wird eine ganze Reihe von Zielen genannt. Sie richten sich im Wesentlichen eher unspezifisch auf die familiäre Interaktion, die Elternrolle, die Rolle von Familien in der Gesellschaft. Und sie sind vorwiegend auf die Eltern bezogen. Die Effekte auf das Kind sollen über „elterliche Stärkung“ erreicht werden. Das erscheint eine unzulängliche Reduktion einer komplexeren Situation. Wünschenswert wäre Erziehung stärker als das zu sehen, was sie tatsächlich ist, nämlich ein Wechselwirkungsprozess.

In Paar- und Ehevorbereitungskursen und in Geburtsvor- und nachbereitungskursen sollten, so die Untersuchung, Anknüpfungspunkte für weitergehende Angebote wie Eltern-Kind-Gruppen geschaffen werden. Das geschieht zu wenig.

Die eingesetzten Methoden beziehen die Teilnehmenden durch Übungen, strukturierte Gruppenarbeiten und freie Gespräche ein. Paar- und Elternkurse fokussieren strukturierte Verarbeitungsformen, offene Treffs freie Gespräche.

Die Bedeutung von übenden Elementen zur Erlangung von Verhaltenssicherheit zeigen besonders die Ergebnisse der Meta-Evaluation. Diese sind aber eher selten und sollten in Kursen ausgebaut werden.

Auch wird angemerkt, dass in der Gestaltung der Maßnahmen eine wenig strukturierte und freie Vorgehensweise überwiegt, selbst dort, wo, wie in dem Programm „Starke Eltern- Starke Kinder“, Kursmanuale vorhanden sind.

TeilnehmerInnen und spezifische Zielgruppen:

Die Teilnehmenden sind vorwiegend weiblich. Ein Problem liegt in der geringen Anzahl von Männern (17%). Vätern ihre Erziehungsverantwortung bewusster zu machen und die Eintrittsschwelle durch entsprechend gestaltete Angebote zu senken, bleibt ein Desiderat.

Familien mit besonderen Belastungen haben etwa 25% der Angebote im Blick. Hier besteht ein deutlicher Bedarf. Angebote setzen an strukturellen Belastungsfak-

toren an wie Alleinerziehung, Scheidung/Trennung oder finanzielle Deprivation. Kindbezogene Belastungen wie Schul- und Leistungsprobleme, Schwierigkeiten im Sozialverhalten oder elternbezogene Belastungen wie Gewalt in der Familie sind sehr selten, existieren fast gar nicht bzw. sind bei klassischen Anbietern wie Erwachsenen- und Familienbildungseinrichtungen die Ausnahme.

Gezielte Präventions- und Interventionsmaßnahmen sind „problembezogener“, zielen auf Alltagskompetenzen und auf die „Problembewältigung“. Und sie thematisieren häufiger „selbstbezogene“ Aspekte wie Selbstbewusstsein oder Zukunftsplanung. Sie weisen auch einen höheren Gesprächs- und Beratungsanteil auf, haben eine Gehstruktur und sind kostengünstig bis kostenfrei.

Insgesamt entsprechen die spezifischen Angebote für Familien mit besonderen Belastungen prozentual den Sozialdaten und der repräsentativen Verteilung der ent-

sprechenden Gruppen in der Bevölkerung. Es muss jedoch angemerkt werden, dass diese Angebote häufig(er) ausfallen. Und diese Zielgruppen brauchen mehr an Unterstützung.

Als Fazit wird formuliert: Der Anteil mit ca.15% in der allgemeinen Familienbildung und mit ca.10% in den Familienbildungsstätten ist zu niedrig. Um diesen zu erhöhen, bedarf es konzeptioneller Anstrengungen, besonderer und gezielter Rekrutierungsstrategien und einer angemessenen Finanzierung dieser Kurse.

Qualitätssicherung und Evaluation

In der Familienbildung werden die Themen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung seit den 1990er Jah-

Leitfragen für die Evaluation von Maßnahmen

Um die dargelegte Qualitätssicherung innerhalb der Einrichtungen zu erleichtern, werden abschließend einige Fragen formuliert, die man sich zu den einzelnen Maßnahmen stellen sollte. Diese Fragen entsprechen grob dem Konzept einer umfassenden Evaluation im Sinne von Rossi, Freeman und Lipsey (2004). Da die Kriterien der Qualität je nach Angebot und Kontext unterschiedlich sind, sollen die Fragen nur als grobe Orientierungen verstanden werden. Die einzelnen Maßnahmen sind in der Regel in einen weiteren Kontext eingebettet. Die Fragen sollten daher vor dem Hintergrund institutionsspezifischer und eventuell einrichtungsübergreifender Überlegungen beantwortet werden (z. B. unter Berücksichtigung des Leitbilds der Einrichtung oder von Bedarfsanalysen).

1. Konzept

In dieser Phase stehen konzeptionelle Überlegungen im Mittelpunkt, auf die sich die spätere Bewertung beziehen soll. Bei neu zu konzipierenden Maßnahmen können sie deren Entwicklung unterstützen, bei bereits eingeführten Maßnahmen müssen die Antworten eventuell nachträglich rekonstruiert werden. Nicht selten sind sie bei älteren Maßnahmen eher implizit. Wichtig ist, dass bereits die Antworten zu den Vorüberlegungen auch dokumentiert werden, um sich in späteren Bewertungsschritten darauf beziehen zu können.

- a. Wer soll an der Maßnahme teilnehmen (Definition der Zielgruppe)? Wodurch ist der spezielle Bedarf dieser Gruppe begründet?
- b. Auf welche Weise sollen die Zielpersonen für die Teilnahme gewonnen werden?
- c. Welche Ziele sollen erreicht werden (Zielexplication)? Woran lässt sich die Zielerreichung empirisch festmachen?
- d. Welches theoretische Konzept liegt der Maßnahme zugrunde? Wie sollen die konkreten Vorgehensweisen bei der Durchführung der Maßnahme aussehen? Wie klar sind sie auf das dahinter stehende Konzept bezogen? Lässt sich plausibel begründen, dass die Umsetzung des Konzeptes zur Erreichung der Ziele beiträgt (Programmkonzeption und theoretische Explication)?
- e. Welche organisatorischen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein bzw. geschaffen werden (z. B. Räumlichkeiten, personelle und technische Voraussetzungen, Kooperationsvereinbarungen)?

2. Implementierung

Hier steht die Überprüfung der Durchführung im Zentrum. Insbesondere geht es um die Frage, inwieweit sich die Überlegungen der ersten Stufe bei der konkreten Umsetzung der Maßnahme wieder finden.

- a. In welchem Umfang wurden die Strategien zur Mobilisierung der Zielgruppe umgesetzt? Wie ist die Reichweite der Maßnahme?
- b. Wurde tatsächlich die definierte Zielgruppe in das Angebot gebracht und konnte sie im Programm gehalten werden? Falls nicht, was waren die Gründe hierfür?
- c. Entsprach die konkrete Durchführung in ihren inhaltlichen Schwerpunkten und pädagogischen Vorgehensweisen dem ursprünglichen Konzept?
- d. Gab es besondere Schwierigkeiten bei der Umsetzung? Wie hängen diese mit Merkmalen des Angebots, der Zielgruppe oder anderen Faktoren zusammen?

3. Zielkontrolle

In diesem Rahmen sind Fragen zu beantworten, die sich auf die Ergebnisse der Maßnahme beziehen.

- a. Wie bewerteten die Teilnehmer die Maßnahme?
- b. Wurden die inhaltlichen Ziele erreicht bzw. erfolgte eine Verbesserung in den angestrebten Zielen? In welchen Bereichen gab es mehr oder weniger Erfolge? Existierten unerwünschte Nebenwirkungen?
- c. Liegen kontrollierte Wirkungsprüfungen zu der Maßnahme aus der eigenen Einrichtung vor? Gibt es solche Studien aus anderen (vergleichbaren) Umsetzungen des Konzepts? Lässt sich eine eigene Evaluationsstudie durchführen?

4. Effizienzbewertung

Wie steht die Zielerreichung im Verhältnis zum Aufwand? Gibt es kostengünstigere Ansätze, um die Ziele in ähnlicher Weise zu erreichen?

Die mit der Zeit anfallenden Ergebnisse können nicht nur innerhalb der Einrichtung, sondern auch zum Zweck der Außendarstellung genutzt werden. (a. a. O., S. 167–169)

ren bearbeitet. Dabei lag der Schwerpunkt auf der institutionellen Ebene⁴. Auf der Ebene der Einzelmaßnahmen fanden sie bislang kaum einen Niederschlag.

Maßnahmenbezogene Qualitätssicherung:

Sie besteht überwiegend aus Fortbildungen und Supervision und betreffen weniger die einzelne Maßnahme als die Gesamttätigkeit des/der KursleiterIn. TeilnehmerInnenbefragungen werden seltener durchgeführt und dann als mündliches Feedback an die Kursleitenden. Wenig im Blick ist die Angebotsseite, z. B. zur Güte der Implementierung und zum Grad der Zielerreichung.

Evaluation und Wirkungsanalysen:

Die Untersuchung erörtert ausführlich die Probleme von Wirksamkeitsprüfungen von Maßnahmen und der Übertragung auf andere Durchführungskontexte, z. B. in andere kulturelle Kontexte.

Insgesamt wurden von ca. 200.000 realisierten Angeboten etwa 27 evaluiert.⁵

Die Studie beklagt ein großes Defizit bei der psychosozialen Präventionsforschung in der BRD und sieht hier einen deutlichen Handlungsbedarf. Sie macht plausible Vorschläge zur Hebung des evaluativen Standards wie die Reservierung eines bestimmten Budgets bei der Förderung von Maßnahmen für Evaluationsstudien und Kontakte von Einrichtungen zu Fachhochschulen oder lokalen Universitäten.

Leitfragen für die Evaluation von Maßnahmen, die in der Lösel-Studie formuliert werden, könnten einen Anfang machen (s. S. 52 in diesem Heft).

Folgerungen und Empfehlungen

Die Empfehlungen, die die Untersuchung formuliert, liegen in fünf Bereichen: 1) Kooperation und Vernetzung, 2) Verstärkung gezielter Maßnahmen, 3) Senkung von Teilnahmeschwellen, 4) Qualitätssicherung und Evaluation, 6) angemessene Finanzierung.

1) Neben den Trägern sollen vor Ort auch die Einrichtungen kooperieren und ihre Angebote vernetzen. Davon ist eine bessere Versorgung ebenso wie ein ökonomischerer Einsatz vorhandener Ressourcen zu erwarten sowie eine Profilschärfung der Einrichtungen nach außen. Maßnahmen könnten auch vermittelt und damit mobiler angeboten werden.⁶ Hier sind besonders ländliche Regionen mit schwachen Strukturen in der Familienbildung ein wichtiges Entwicklungsfeld.

2) Familien mit besonderen Belastungen haben ein höheres Risiko für kindliche Fehlentwicklungen und sind zugleich im Blick auf das faktische Angebot unterrepräsentiert. Hier besteht Handlungsbedarf, ebenso bei der Einbeziehung von Vätern.

3) Aufgabe ist es für oben genannte Gruppen, für junge Familien und für bildungsferne Familien die Teilnahmeschwellen zu senken. Hierzu ist eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit nötig, die über Programme und Flyer hinaus auch mediale Werbung und persönliche Anspra-

che nutzt und die Orte des Alltags (Kitas, Schulen, Vereine, Ärzte, Betriebe) aufsucht, um mit den Zielgruppen in Kontakt zu kommen. Ggf. muss auch die Art der Präsentation verändert werden⁷. Für einen niederschweligen Zugang ist auch ein geringer Teilnahmebeitrag Voraussetzung.

4) Die Initiativen zur Qualitätsförderung sind fortzusetzen und auf die Einzelmaßnahmen zu erweitern. Als geeignetes Instrument erscheinen den AutorInnen der Studie Manuale, die die Ziele, die Zielgruppen, das Kurskonzept, die Durchführung und die Anforderungen an die Kursleitungen dokumentieren.

Dokumentiert werden sollen auch die Implementierung und die Prozessevaluation, wozu auch Teilnehmendenzufriedenheit, Teilnahmequoten, Umsetzungspraxis und Indikatoren einer Zielerreichung gehören.

Ein weiteres Desiderat sind Wirkungsevaluationen durch wissenschaftliche Untersuchungen. Neben solchen umfassenden Untersuchungen werden kleinere mit „suboptimalem Design“ in Kooperationen von Einrichtungen mit lokalen Hochschulen angeregt. Mittelfristig sollte ein System der Akkreditierung von Maßnahmen entwickelt werden, das sich an bundesweiten Standards der Qualitätssicherung orientiert. Das wäre der Rahmen für eine einrichtungsinterne Qualitätssicherung.

5) Die angemessene Finanzierung soll nach der Empfehlung der Studie in Zeiten der Kürzung von öffentlichen Zuschüssen durch eine Umverteilung im Sinne einer „Grundversorgung“ und einer „bedarfsgerechten Allokation von Ressourcen“ gesichert werden. Hierzu sollen auch Qualitätssicherung und Evaluation beitragen.

Anmerkungen

¹ Friedrich Lösel, Bestandsaufnahme und Evaluation von Angeboten im Elternbildungsbereich – Abschlussbericht. Veröffentlicht im Dezember 2006, 178 Seiten. Mit Anhängen: Mantelfragebogen, detaillierter Fragebogen zu Einzelmaßnahmen, Primärstudien der Meta-Evaluation (<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=>)

² Einleitung a. a. O., S. 18

³ Eine Bedarfsanalyse müsste, um zu validen Daten zu kommen, neben den Teilnehmenden an Bildungsmaßnahmen auch Informationen über Nichtnutzer sammeln: durch die Befragung potenzieller TeilnehmerInnen, durch Befragung von ExpertInnen und durch Sozialraumanalysen. (a. a. O., S. 157)

⁴ Dazu: Petra Herre, Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Familienbildung. In: Rudolf Pettinger/Heribert Rollik, Familienbildung als Angebot der Jugendhilfe. Rechtliche Grundlagen – familiäre Problemlagen – Innovationen. Berlin 2005. Hg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. www.bmfsfj.de/Download. Bezug: Publikationsversand der Bundesregierung; Mail: publikationen@bundesregierung.de

⁵ Gut evaluieren lassen sich nach der Studie nur relativ stark strukturierte Programme. Besonders Erfolg versprechend erscheint die Verbindung eines strukturierten Ansatzes mit einem „gewissen Maß an Flexibilität“. Die Maßnahmen in der Familienbildung sind demgegenüber meistens selbst entwickelt, modifiziert oder greifen auf nicht evaluierte Konzepte zurück.

⁶ Dazu der Beitrag im Forum Erwachsenenbildung 4/06: Brigitte Liesner u. a., Alle tragen Verantwortung für die Zukunft – Erfahrungen mit einem Netzwerk für die Elternbildung in Essen. S. 21ff.

⁷ Dajana Baum, „Das Angebot muss stimmen“ -Milieuspezifische Bedingungen erfolgreichen Lernens. Forum Erwachsenenbildung 2/06, S. 35ff